



Heimat

➔ Veränderungen in den politischen Großwetterlagen führen zuweilen zu merkwürdigen Erscheinungen. Zu den erstaunlichsten gehört die plötzliche linke Liebe zur „Heimat“. Für unsere CDU-Landtagsfraktion ist das kein Neuland. Seit Jahren laden wir im ganzen Freistaat zu Veranstaltungen ein, die eigentlich alles sagen, was gesagt werden muss: „Vor Ort zu Hause. Heimat Thüringen“. Heimat ist ein Raum des Vertrauten, in dem man sich nicht erklären muss.

Die politische Konkurrenz von links sucht verzweifelt Anschluss. Das fällt ihr nicht leicht. Denn der Begriffskosmos rund um die Heimat ist ihr vor allem eines: fremd. Das Lebenselixier dieser politischen Richtung ist Veränderung. Wir erleben es in Thüringen ja zu genüge. Es gibt fast nichts, was vor dem politischen Fummeltrieb der Genossen sicher wäre. Die Gebietsreform ist nur die Spitze des Eisbergs. Der Versuch, Heimat da doch irgendwie unterzubringen, führte Staatskanzleichef Hoff gar zu der kühnen These, der Wunsch nach Beheimatung sei ein Auftrag, die Lebenswelten zu verändern.

Festzuhalten bleibt dagegen, dass Heimat zunächst mit Bewahren zu tun hat und dann mit Gestalten. Denn natürlich steht die Welt nicht still. Dazu gehört, etwas für den ländlichen Raum zu tun. Drei Viertel der Thüringer meinen, dass er vernachlässigt wird. Deshalb müssen Heimat und Perspektiven für den ländlichen Raum in den Koalitionsverhandlungen im Bund berücksichtigt werden. Und im Freistaat muss Rot-Rot-Grün endlich aufhören, kleinere Städte und Dörfer finanziell auszubluten und in Großstrukturen zu zwingen. Deshalb klipp und klar: Ein klares Nein zu einer Zwangsgebietsreform wider unsere Heimat!



Politischer Rückhalt für die berufliche Bildung

Handwerker wollen endlich Gleichbehandlung



Handwerk kann bieten, was viele junge Menschen suchen: durchschaubare Strukturen, die mitgestaltet werden können, Verantwortung für ein Produkt oder eine Dienstleistung von Anfang bis Ende.

Stefan Lobenstein, Präsident des Thüringer Handwerkstags e.V.

Die Landesregierung soll das lange in Aussicht gestellte vollwertige Azubi-Ticket einführen. Das hat der Präsident des Thüringer Handwerkstags e.V., Stefan Lobenstein, im Gespräch mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring und der DruckSache gefordert. „Wir wollen nichts anderes als die Gleichbehandlung von Studenten und Auszubildenden“, sagte Lobenstein mit Blick auf das Thüringer Semesterticket. Damit kann der öffentliche Nahverkehr rund um die Uhr landesweit genutzt werden. Die CDU setzt sich seit Langem für das Azubi-Ticket ein. Rot-Rot-Grün hat es jedoch nur für den Verkehrsverbund Mittelthüringen eingeführt. Mohring und Lobenstein sprachen darüber, wie mehr junge Leute für die berufliche Bildung gewonnen werden können.

Beide meinen, dass Heranwachsende zunächst frühzeitig mit Ausbildungsberufen in Berührung kommen müssen. Deshalb setzt sich die CDU für verpflichtende Betriebspraktika ein. „Und zwar für alle Schulformen“,

so Mohring. Wie Lobenstein sieht er einen teuren Umweg darin, wenn Auszubildende ihre Lehre hinschmeißen oder Studenten ihr Studium abbrechen. Schule müsse auch „die Lust auf Selbstständigkeit wecken“, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende es formuliert, schon weil bald 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution viele Betriebsübergaben anstehen. Deshalb verspricht er Rückendeckung für die Gründung weiterer Handwerks Gymnasien. Dort gibt es die Hochschulreife und ein Teil des betriebswirtschaftlichen Know hows für die Meisterausbildung. Um die Gleichwertigkeit der beruflichen mit der akademischen Bildung zu fördern, fordert die CDU einen Meisterbonus. 1.000 Euro für jeden, der eine Meisterausbildung erfolgreich abschließt. „Das wäre ein finanzieller Anreiz und ein Zeichen der gesellschaftlichen Anerkennung“, pflichtet Lobenstein bei. Und in einem weiteren Punkt bestand Konsens: Damit die Meister sich vor allem um ihre Produkte und Dienstleistungen kümmern können, muss Bürokratie abgebaut werden. „Wir wollen, dass jeder Gesetzentwurf auf seine bürokratischen Folgen für kleine und mittelständische Unternehmen getestet wird. Die Linkskoalition sperrt sich“, sagt Mohring. (Seiten 4 und 5)

Aus der Fraktion



Weniger Geld für kleine Kommunen

Aller Widerstände zum Trotz rückt die Landesregierung nicht von ihrem Plan ab, den Zusammenschluss von Kommunen zu erzwingen. Nach der Niederlage vor dem Thüringer Verfassungsgericht für das Vorschaltgesetz zur Gebietsreform bleibt auch der neue Innenminister Georg Maier auf dem Irrweg seines Vorgängers Holger Poppenhäger, im Zuge des Finanzausgleichs mehr als 800 kleine Thüringer Kommunen schlechter zu stellen als vorher. Aus Sicht des parlamentarischen Geschäftsführers der Landtags-CDU, Volker Emde, ist das nichts anderes als eine Zwangsgebietsreform durch die Hintertür. Maiers spätes „Zugeständnis“, den Effekt mittels einer Übergangfinanzierung nicht schon 2018, sondern erst 2020 voll wirksam werden zu lassen, ändert aus Emdes Sicht wenig: „Am Ende ist das nicht mehr als ein Schmerzpflaster, denn das Grundproblem bleibt.“



TV-Bürgerdialog

Die nächste Folge des TV-Bürgerdialogs „Auf ein Wort – Bürger reden Klartext“ kommt am 29. November aus Eigenrieden im Unstrut-Hainich-Kreis. Ab 19 Uhr diskutieren Mike Mohring, Elke Holzapfel und weitere Talkgäste mit interessierten Bürgern vor Ort und im Internet. Mehr Informationen und die Möglichkeit, vorab Fragen zu stellen oder live dabei zu sein, gibt es unter www.aufeinwort.info.



Rot-Rot-Grün an Funktional- und Verwaltungsreform gescheitert

„Die Landesregierung soll staatliche Verwaltungsaufgaben im Landesverwaltungsamt bündeln und auf gesonderte Großbehörden verzichten.“ Das fordert der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Fiedler. Der Innenpolitiker reagierte damit auf Ankündigungen der Landesregierung zu einer Behördenreform. Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne) und Infrastruktur- und Landwirtschaftsministerin Birgit Keller (LINKE) dürfen sich den Plänen zufolge eigene nachgeordnete Behörden basteln. Dazu sollen sogar Bereiche aus dem Landesverwaltungsamt herausgelöst werden. Laut Fiedler ist Rot-Rot-Grün an der

geplanten Funktional- und Verwaltungsreform „komplett gescheitert. Erst passiert drei Jahre so gut wie nichts und dann das Falsche“, fasste er den Befund zusammen. Die Ramelow-Regierung hatte ursprünglich geplant, die dreistufige Landesverwaltung aus Ministerien, Mittelbehörden und Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten in eine zweistufige umzubauen und die Mittelbehörden weitgehend abzubauen. Staatliche Aufgaben sollten so weit wie möglich auf die Kommunen verteilt werden. „Die Kommunalisierung hat die Linkskoalition nach eigenem Bekunden nicht hinbekommen, die groß angekündigte zweistufige

Verwaltung verschwindet im Nebel einer fernen Zukunft. Dafür dürfen sich zwei Ministerien neue Mittelbehörden schneiden“, sagt Fiedler. Besonders fatal daran ist für ihn: Ein Personalentwicklungskonzept fehlt noch immer. Die CDU wirbt für die Bündelung von Aufgaben im Landesverwaltungsamt. „So kann es Konflikte innerhalb der Landesverwaltung ausgleichen. Entscheidungen kommen zügig und aus einer Hand“, so der Abgeordnete. Eine starke Mittelbehörde kann nach seiner Überzeugung überdies die Landkreise entlasten. „Damit kann man sich das Theater um die Kreisgebietsreform weitgehend sparen“, ist er überzeugt.



Wolfs-Reportage



„Zwischen zehn und zwölf kommt der Wolf“

Videomaterial zu unserer Wolfs-Reportage

finden sie im Internet unter

www.drucksache.info



Das Schweigen der Lämmer

Ein Augenpaar blitzt auf in der tief-schwarzen Spätsommernacht. Michael Meister zuckt kurz zusammen. Ganz sicher ist er nicht, und doch: Seit diesem Moment lässt ihn das Gefühl nicht mehr los, den Wolf zum ersten Mal gesehen zu haben. Gewissheit über das unheilvolle Wirken des sagenumwobenen Raubtiers hat der 52-jährige Schäfer in diesen Neumond-Nächten Ende August jedoch immer erst, wenn sich die Dunkelheit langsam zurückzieht und es hinter der Wachsburg zu dämmern beginnt. Denn sobald das erste Licht auf den Truppenübungsplatz Ohrdruf fällt, entscheidet sich, ob es ein guter Tag für Michael Meister wird. Ein guter Tag wird es dann, wenn der Wolf nicht zugeschlagen hat. In fast schon erbarmungsloser Regelmäßigkeit mischt sich morgens der Tau auf dem Magerrasen des südlich von Gotha gelegenen Geländes mit dem Blut verendeter Schafe und Ziegen. Aufgerissen, ausgeweidet, an- oder aufgefressen. Wenn der Wolf zuschlägt, dann läuft das immer ähnlich. Der Räuber kreist so lange um die nervöse Herde, bis sich diese in Panik immer schneller dreht und irgendwann den stromführenden Zaun umreißt, der sie eigent-

lich auch schützen soll. „Das erste Tier, das er zu fassen bekommt, packt er an der Keule, schleudert es zu Boden und setzt dann den Kehlbiß. Manchmal beißt er die Halsschlagader aber auch nur halb durch, bis seine Beute nur noch röchelt“, rekonstruiert Meister den Todeskampf seiner Schafe und Ziegen. Bis auf die Knochen frisst der Wolf oft nur ein Schaf oder eine Ziege auf – die übrigen Riss-Opfer verletzt er entweder schwer oder frisst sie nur an. Dann stehen die Schäfer, die mit ihren Herden für die Landschaftspflege auf dem Truppenübungsplatz unverzichtbar sind, fassungslos vor ihren halbausgeweideten Tieren, aus deren Bauchraum Pansen, Gebärmutter oder Gedärme quellen. Viele gute Ratschläge und Vorwürfe bekommen die Schäfer deshalb dieser Tage zu hören. Warum sie nicht, wie früher, zusätzlich zu ihren harmlosen Hütehunden auf die Dienste von echten Herdenschutzhunden setzen? Die Warnung, dass die teuren und äußerst aggressiven Herdenschutzhunde nicht nur Wölfe, sondern auch jeden Spaziergänger mit Hund als Gefahr für „ihre“ Schafe ansehen und deshalb in besiedelten Gebieten wenig prakti-

kabel sind, verhallt meist ungehört. Warum sie nachts bequem in ihren Betten liegen, während sich der Wolf an ihren Herden gütlich tut? „So einfach ist es nicht“, sagt Michael Meister. Seit dem zweiten Riss, den er nur knapp verpasste, weiß er: „Zwischen zehn und zwölf kommt der Wolf.“ Also weicht er seinen rund 1200 Tieren nun gar nicht mehr von der Seite, wacht sechs volle Nächte am Stück. Doch tagsüber hüten und nachts Wache halten, das funktioniert auf Dauer nicht: „Irgendwann schläfst Du ein.“ Viele von Meisters Kollegen fordern jetzt den Abschuss der Ohrdruffer Wölfin – und nicht nur ihrer Nachkommenschaft. Zwar kommt mittlerweile selbst das Thüringer Umweltministerium nicht mehr an der Erkenntnis vorbei, dass zumindest die sechs Hybride, die das Raubtier mit einem Haushund gezeugt hat, nichts mehr mit der wohligen Wolfs-Romantik zu tun haben, die gerade dort gerne gepflegt wird, wo die Natur weit weg ist – in den Städten. Wolfs-Hund-Hybride gelten als besonders gefährlich, weil sie die Aggressivität des Wolfes und die fehlende Menschenscheu des Hundes in sich vereinen. Bereits zum Jahresende wird erwartet, dass die Jungtiere den Truppenübungsplatz verlassen und sich ihr eigenes Revier suchen. Der Abschuss der „Problem-Wölfin“ selbst steht jedoch nach wie vor nicht auf der Agenda von Ministerin Siegesmund – obwohl der Wolf mit etwa 18.000 Exemplaren allein in Europa schon lange nicht mehr zu den gefährdeten Tierarten ge-

hört. Meisters Kollegen Alf Schmidt lässt die Haltung der Ministerin verzweifeln: „Die Wölfin paart sich wieder mit irgendeinem Straßenköter, und nächstes Jahr haben wir die selbe Scheiße.“ Siegesmund rät den Schäfern stattdessen weiterhin, täglich mehrere Stunden in den korrekten Aufbau eines 1,40 Meter hohen Schutzzauns zu investieren, obwohl die Ohrdruffer Wölfin längst bewiesen hat, dass sie auch diesen spielend überwindet. Wirtschaftlich gesehen noch schlimmer als die mittlerweile mehr als 80 von der Ohrdruffer Wölfin getöteten Schafe und Ziegen, für die das Land einen Ausgleich zahlt, sind jedoch die Folgekosten, auf denen die Schäfer sitzen bleiben. Die ständigen Angriffe setzen die Herde so unter Stress, dass nun im Januar, wenn die traumatisierten Muttertiere lammen sollen, die Geburtenrate einzubrechen droht. Dazu kommen die zahlreichen Risse von trächtigen Tieren – zuletzt erwischte es in Espenfeld ein Schaf, das vor der Geburt von Zwillingen stand. Am Ende entscheidend bleibt jedoch die Frage der Sicherheit. So haben Fachleute die oft gehörte Beschwichtigung, der scheue Wolf attackiere niemals den Menschen, mit Verweis auf jüngste Vorfälle in Griechenland und Israel längst als Wunschvorstellung entlarvt. Auch beim aktuellen Riss in Espenfeld war von der Menschenscheu der Wölfin und ihres Rudels wenig zu spüren – das nächste Wohnhaus stand nicht einmal 50 Meter entfernt.

Von Felix Voigt

Handwerk



Das Handwerk ist nah am Kunden und nah am Produkt.

Auch im digitalen Zeitalter des Internets der Dinge geht es für das Handwerk darum, seine Werkzeuge meisterhaft zu beherrschen. Gute Wertarbeit wird durch Digitalisierung noch besser.

Dr. Mario Voigt,
wirtschaftspolitischer Sprecher
der CDU-Fraktion



Das Handwerk gehört mit mehr als 30.000 Betrieben

und über 150.000 Beschäftigten zu den Säulen der Thüringer Wirtschaft, nicht zuletzt im ländlichen Raum. Wir arbeiten dafür, dass es so bleibt.

Herbert Wirkner, Sprecher
für Handwerk und Mittelstand
der CDU-Fraktion



„Wir wollen die Gleichbehandlung von Studenten und Auszubildenden“

Ein Gespräch im traditionsreichen Erfurter Café Lobenstein über berufliche Bildung, den Wert der Meisterausbildung und viel zu viel Bürokratie.

Video-Statements der beiden Gesprächspartner finden sie im Internet unter www.drucksache.de

Mohring trifft: **Stefan Lobenstein, Präsident des Thüringer Handwerkstags e.V.**

Angesichts der Bevölkerungsentwicklung ist die Fachkräftesicherung praktisch ständig auf der Tagesordnung. Hochschulen und Betriebe konkurrieren um den raren Nachwuchs. Warum soll sich ein junger Mensch gegen die Uni und für die berufliche Bildung entscheiden?

Lobenstein: Mir ist wichtig, dass er sich überhaupt und vor allem richtig entscheidet. Wenn junge Menschen ein Studium abbrechen, ist das genauso schlecht, wie wenn ein Auszubildender die Lehre hinschmeißt. Ein Handwerk kann bieten, was viele junge Menschen eigentlich suchen:

durchschaubare Strukturen, die mitgestaltet werden können, Verantwortung für ein Werkstück, ein Produkt oder eine Dienstleistung von Anfang bis Ende. Und die Berufsausbildung bietet den anspruchsvollen, aber zügigen Weg in die Selbstständigkeit. Vom Gesellen zum Meister.

Mohring: Viele Schüler und vor allem Eltern haben diese Möglichkeiten nicht ausreichend im Blick. Deshalb setzen wir uns im Landtag für verpflichtende Betriebspraktika ein. Und zwar für alle Schulformen. Und wir wollen schon in der Schule Lust auf Selbstständigkeit wecken. Unter-

nehmerisches Denken und Handeln muss Teil des Unterrichts werden. Bayern unterstützt das ganz gezielt mit dem Modell des Unternehmergehmsiums. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, das auch in Thüringen zu probieren. Das tolle Modell des Handwerksgehmsiums sollten wir ausbauen.

Was muss man sich darunter vorstellen?

Lobenstein: Das ist ein deutschlandweit bisher einmaliges Projekt an einer Erfurter Berufsschule. Viele schauen sehr neugierig nach



Thüringen. Einfach gesagt werden Bausteine der Berufs- und der Meisterausbildung in den Unterricht eingebaut. Vor allem die betriebswirtschaftlichen Teile. Wer erfolgreich abschließt, hat das Abitur in der Tasche und kann den Weg zum Gesellenbrief um ein Jahr und den zum Meister um ein halbes Jahr verkürzen. Das ist für die heranwachsenden Betriebserben genauso interessant wie für Schüler, die die Möglichkeiten des Handwerks kennenlernen wollen.

Und dennoch wird man den Eindruck nicht los, dass die berufliche Bildung im Schatten der Hochschulbildung steht. Manche sprechen gar von Akademisierungswahn...

Mohring: Zu Recht. Die Möglichkeiten, die ein Bachelorabschluss eröffnet, werden oft überschätzt und die einer soliden beruflichen Bildung und Meisterausbildung genauso oft unterschätzt. Übrigens auch der

fachliche Anspruch. Die Meisterausbildung ist unser Weg der Qualitätssicherung. Der ist wirksamer und einfacher, als alles und jedes zu kontrollieren und zu zertifizieren. Das haben wir in der Vergangenheit gelegentlich auch aus den Augen verloren.

Lobenstein: So ist es. Handwerk kann und muss sich immer wieder auf neue technologische Entwicklungen und Veränderungen am Markt einstellen. Die Digitalisierung wird die nächste große Herausforderung. Gewerke sterben aus, neue kommen hinzu. Wissen und Können sind im ständigen Wandel. Und das gilt auch für die Betriebsführung. Aus der Statistik wissen wir: Die Betriebe der Meister können sich am Markt sehr viel besser behaupten als andere. Das geht nur auf der Höhe der Zeit.

Noch einmal zurück zum ersten Schritt auf der Handwerkerkarriere. Zu einem Symbolthema hat sich der Streit ums Azubi-Ticket entwickelt.

Mohring: Das ist nicht symbolisch, sondern höchst real. An solchen Punkten zeigt sich die Ungleichbehandlung von Studenten und Azubis. Mit dem Semesterticket kann ein Student jeden Tag durch ganz Thüringen fahren, wenn er will. Die CDU hat ein Azubi-Ticket gefordert, das genau das ermöglicht. Was bietet Rot-Rot-Grün? Ein Ticket für den Verkehrsverbund Mittelthüringen. Das ist ein Witz. Berufsschulen und Azubis gibt es aber in ganz Thüringen.

Lobenstein: Der Thüringer Handwerkstag macht permanent Druck, dass tatsächlich ein vollwertiges Azubi-Ticket eingeführt wird. Wir wollen nichts anderes als die Gleichbehandlung von Studenten und Auszubildenden. Übrigens auch, weil das Lehrpersonal und die Ausstattung für hochkomplexe Berufe nicht in allen Berufsschulen, sondern nur in spezialisierten Berufsschulzentren vorgehalten werden kann.

Mohring: Sicherlich kann nicht überall alles vorgehalten werden. Das darf allerdings nicht dazu führen, dass das Berufsschulnetz generell ausgedünnt und zentralisiert wird. Die Praxis, gleich Klassen zu streichen, wenn vorübergehend die vorgesehene Schülerzahl unterschritten wird, nimmt berufliche Ausbildungschancen in der Region. Das Azubi-Ticket allein reicht übrigens nicht aus. Es müssen auch Busse und Bahnen fahren. Das ist eine Herausforderung und zugleich Chance für den ländlichen Raum.

Schauen wir ans andere Ende der beruflichen Bildung, die Meisterausbildung. Einige Länder haben einen

sogenannten Meisterbonus eingeführt. Thüringen nur eine Meisterprämie.

Mohring: Das Studium ist gebührenfrei, die Meisterausbildung kostet. Das ist ein handfester Wettbewerbsnachteil zwischen akademischer und beruflicher Bildung. Den will die CDU auch in Thüringen mit einem Meisterbonus wenigstens verringern. Unsere Forderung: 1.000 Euro für jeden, der seine Meisterausbildung erfolgreich beendet. Im Bund verhandeln wir die komplette Kostenersatzung, wenn die Meisterausbildung erfolgreich abgeschlossen wurde. Rot-Rot-Grün belässt es bei einer Meisterprämie. 1.000 Euro für den Jahrgangsbesten in jedem Gewerk in den drei Thüringer Kammerbezirken. Das Studium ist nicht nur für die Jahrgangsbesten gebührenfrei.

Lobenstein: Für mich ist das Ziel entscheidend, mehr junge Leute zu gewinnen, die einen Betrieb übernehmen oder gründen. Das ist umso wichtiger, als in den nächsten Jahren zahlreiche nach der Friedlichen Revolution gegründete Betriebe übergeben werden. Um Menschen für die Aufgabe zu begeistern, gibt es nicht den einen Weg. Die Meisterprämie würde ich als einen Mosaikstein bezeichnen. Aber das ist noch nicht das ganze Mosaik. Ein Meisterbonus wäre finanzieller Anreiz und natürlich auch ein Zeichen der gesellschaftlichen Anerkennung.

Noch einmal zurück zur Qualitätssicherung durch solide Ausbildung. Wenn man die Unmenge an Bürokratie betrachtet, die Betriebe beachten müssen, scheinen die Gesetzgeber doch eher auf enge Paragraphenzügel zu vertrauen.

Lobenstein: Durchaus zu unserem Leidwesen. Auch jeder Handwerker hat Verständnis dafür, dass es Regeln gibt, etwa für den Verbraucherschutz. Und manche Standards erleichtern am Ende auch das Arbeiten. Letztlich muss ein Rad ins andere greifen. Was stört, sind Auflagen an Stellen, wo der gesunde Menschenverstand eigentlich ausreichen würde oder eine Kontrolle mit dem eigentlichen Betriebszweck gar nichts mehr zu tun hat. Das führt am Ende dazu, dass der Meister die meiste Zeit darauf verwendet, Papierberge zu produzieren, statt ordentliche Dienstleistungen und Produkte abzuliefern.

Mohring: Das ist ein Dauerthema. Wir haben auch in dieser Wahlperiode mehrfach versucht, Rot-Rot-Grün für einen Abbau von Bürokratie zu gewinnen. Etwa bei den Nachweispflichten für den Mindestlohn, im Vergabeverfahren oder im Gaststät-

tenrecht. Das ist schwer bei Parteien, bei denen Misstrauen gegenüber Unternehmen kultiviert wird. Klar ist, es geht nicht ohne Kontrollen. Doch Aufwand und Nutzen müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Wir wollen, dass jeder Gesetzentwurf auf seine bürokratischen Folgen für kleine und mittelständische Unternehmen getestet wird. Die Linkskoalition sperrt sich.

Nun sind viele Handwerksbetriebe kleine und mittelständische Unternehmen, die an der Bürokratie besonders tragen.

Lobenstein: Das ist richtig. Große Unternehmen haben für diese Aufgaben eigene Mitarbeiter, wenn nicht gar ganze Abteilungen. Das kann sich ein normaler Handwerksbetrieb nicht leisten.

Mohring: Wir bleiben dran. Und mir ist wichtig, dass diese Bürokratie nicht dazu führt, junge Menschen vom Weg in die Selbstständigkeit abzuhalten. Deshalb plädiere ich dafür, die Umsatzgrenze für die sogenannte Kleinunternehmerregelung anzuheben. Dann kann man zumindest erst einmal loslegen, ohne sich vornehmlich mit den Details des Umsatzsteuerrechts und strengen Bilanzierungsregeln auseinanderzusetzen zu müssen.

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.

Dr. Karl-Eckhard Hahn

Telefon (Fax)

0361 3772-218 (520)

Internet

www.cdu-landtag.de

E-Mail

pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage

1,1 Millionen

Fotos

Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

Karikatur

Bernhard Schauer

Text & Fotoauswahl

Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

Satz & Gestaltung

Leography.com

Aus der Fraktion



Grundschulen am Limit: Linkskoalition ohne Antwort

Der ständig wachsende Anteil von Grundschulkindern ohne Deutsch als Muttersprache, die von linken Bildungsideologen betriebene Inklusion mit der Brechstange und der Wildwuchs vieler möglicher Lernmethoden wie das „Schreiben nach Gehör“

lassen nicht nur viele Eltern verzweifeln. Dass es auch jenseits des akuten Lehrermangels nach fast drei Jahren linksgeführtem Bildungsressort jede Menge Probleme an Thüringer Schulen gibt, das hat Minister Holter nun Schwarz auf Weiß: Thüringer Grund-

schüler können heute schlechter rechnen, lesen und schreiben als noch vor fünf Jahren. Das zeigt die jüngst veröffentlichte Grundschulstudie (IQB), an der alle Bundesländer teilnehmen. CDU-Bildungsexpertin Marion Rosin sieht die Grundschulen zunehmend am Limit, „weil sie mit immer weiteren Aufgaben überfrachtet werden, ohne dafür die erforderliche personelle und materielle Ausstattung zu bekommen.“ Aus ihrer Sicht setzt die Linkskoalition falsche Signale, weil

sie keine Vorschaltklassen für nicht Deutsch sprechende Kinder einführt und kleine Grundschulen schließen will. „Der Vorschlag unserer Fraktion und der Jungen Union, gerade in Städten wie Erfurt, Jena oder Gera eine Integrationsquote von maximal 25 Prozent in Schulklassen einzuführen, muss ernsthaft diskutiert werden. Wer in Grundschulen weiter die eierlegende Wollmilchsaue sieht, überfordert Lehrer und Schüler gleichermaßen“, so Rosins Warnung.



Mehr Ehrgeiz beim Stopfen von Mobilfunklöchern

Mit der in der vorigen Ausgabe der „DruckSache“ vorgestellten Internetseite www.funklochmelder.de hat die CDU-Landtagsfraktion begonnen, weiße Flecken im Thüringer Funknetz zu erfassen. In einem zweiten

Schritt folgt nun eine parlamentarische Initiative zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur im Freistaat. „Die Linkskoalition muss mehr Ehrgeiz beim Stopfen der Mobilfunklöcher entwickeln. Nur auf

den Bund zu zeigen, reicht da nicht“, ist CDU-Wirtschaftspolitiker Mario Voigt überzeugt und fordert die Landesregierung dazu auf, Anreize für Mobilfunkbetreiber zu schaffen, um die weitere Erschließung Thüringens mit leistungsfähigen mobilen Datennetzen voranzutreiben. „Dazu muss der Wirtschaftsminister auch prüfen, ob bereits bestehende BOS-Sendeanlagen genutzt werden können, um alle Thüringer Haushalte bis 2020 flächendeckend mit

dem Mobilfunkstandard der vierten Generation zu versorgen“, so Voigt weiter. Auch soll sich Thüringen mit neuen Ideen wie dem „Inlands-Roaming“ beim Bund einbringen. Die Kunden könnten dann in einem von ihrem Netzanbieter nicht versorgten Gebiet auf andere verfügbare Netze zugreifen. Gleichzeitig soll die Landesregierung bei der künftigen Etablierung des neuen 5G-Standards vorangehen und Vorbereitungen für ein Pilotprojekt treffen.



Bürger sind in Sorge um das ländliche Thüringen

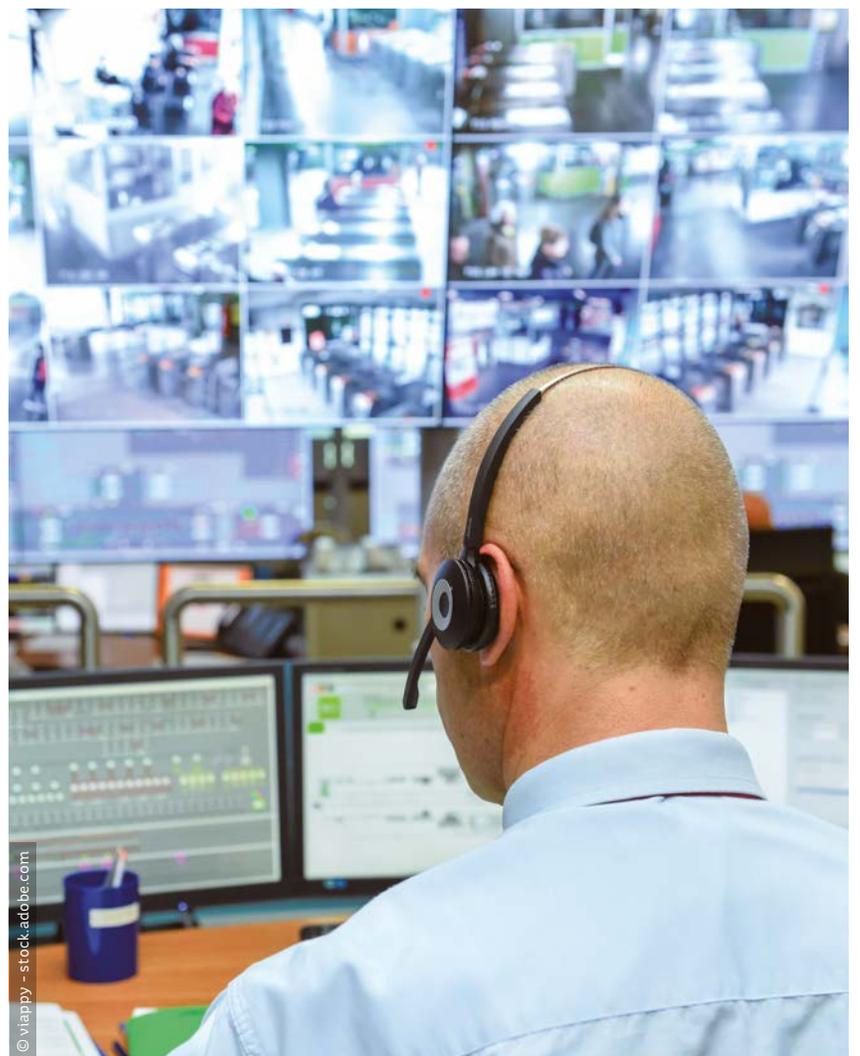
Drei Viertel der Bürger im Freistaat sind der Ansicht, dass der ländliche Raum in Thüringen vernachlässigt wird. Das hat eine aktuelle Meinungsumfrage des INSA-Instituts ergeben. Für die repräsentative Erhebung wurden Mitte Oktober im Auftrag der CDU-Fraktion 1002 Thüringerinnen und Thüringer befragt. Betrachtet man die Antworten aufgeschlüsselt nach Parteipräferenzen, sind selbst unter der überwiegend in den größeren Städten angesiedelten Wählerschaft der Grünen 70 Prozent der Befragten dieser Meinung. Auch 77 Prozent der Anhänger der zentralisierungsfixierten Linken teilen diese Befürchtung. Und bei der SPD bringen sogar 80 Prozent ihre Sorge um den ländlichen Raum zum Ausdruck. Das ist bemerkenswert, weil es die Thüringer SPD ist, welche die Pläne zur Gebietsreform mit ihren anonymen Großstrukturen federführend vorantreibt. Aus Sicht des stellvertretenden CDU-Fraktionschefs Egon Primas „decken sich diese Erkenntnisse aus Thüringen mit

vielen Analysen zum Ergebnis der Bundestagswahl: Perspektiven im und für den ländlichen Raum tragen entscheidend dazu bei, dass die dort lebenden Menschen sich nicht abgehängt fühlen und damit anfällig für populistische Botschaften werden“. Deshalb haben die Unionsfraktionen des Bundes und der Länder in ihrem jüngsten Beschluss darauf auch einen besonderen Schwerpunkt gelegt. Mit einer „Offensive Ländlicher Raum“ soll die Digitalisierung vorangetrieben und die Investitionskraft der Kommunen gestärkt werden. Förderprogramme sollen künftig stärker auf die ländlichen Räume ausgerichtet werden. Primas macht deutlich: „Wir kämpfen für lebendige Dörfer und Kleinstädte, die echte Gestaltungsmöglichkeiten haben. Das machen wir zum Thema, denn die linken Parteien verlieren den ländlichen Raum aus dem Blick – und für die Grünen ist zwischen Tot-holzhecke und Windrädern kaum Platz für Menschen, die dort leben und wirtschaften wollen.“

Mehr Videoüberwachung für Thüringer Großstädte

Viele Menschen, die in den Fußgängerzonen, auf den großen Plätzen und in den Bahnhöfen der großen Thüringer Städte unterwegs sind, beschleicht dieser Tage ein Gefühl der Unsicherheit – zumindest zu bestimmten Tageszeiten und an bestimmten Ecken. Nicht umsonst sind einige sogenannte „Gefahrenorte“ in Erfurt, Jena und Gera in letzter Zeit verstärkt in den Fokus der Polizei gerückt. Immer häufiger kommt es dort zu Drogendelikten und Diebstählen. Die CDU-Fraktion fordert deshalb jetzt einen Ausbau der Videoüberwachung an solchen Kriminalitäts-Brennpunkten, um die Sicherheitslage zu verbessern. „Potenzielle Straftäter werden abgeschreckt und die Aufklärung wird erleichtert“, wirbt der CDU-Innenexperte Wolfgang Fiedler für den parlamentarischen Vorstoß seiner Fraktion. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zum Ausbau der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen zügig zu prüfen, an denen in den letzten

zwölf Monaten verstärkt Straftaten zu verzeichnen waren. „Die Videoüberwachung ist ein Mittel, das dazu beitragen kann, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten“, ist Fiedler überzeugt. Repräsentative Umfragen zeigen, dass auch mehr als zwei Drittel der Thüringer Bürger den Einsatz von Videokameras auf öffentlichen Plätzen befürworten und sich dadurch sicherer fühlen. Bezogen auf die Landeshauptstadt verwies Fiedler auf die Magdeburger Allee, den Bahnhofsvorplatz und den Anger. Letzterer wurde in den vergangenen Monaten immer wieder zum Schauplatz von Beleidigungen, Diebstählen, Drogendelikten und Körperverletzungen. Die CDU-Frakturen im Landtag und im Erfurter Stadtrat sprechen sich deshalb dafür aus, die Wiedereinrichtung einer „Angerwache“ zu prüfen, um die Präsenz der Ordnungskräfte und damit die Sicherheit zu erhöhen. Fiedler stellt klar: „Die Thüringer Bürger müssen darauf vertrauen können, dass der Staat seinen Job erledigt.“



Das haben wir vor Ort erreicht



Marcus Malsch

Wahlkreisbüro
Herzog-Georg-Str. 23a
36448 Bad Liebenstein
www.marcus-malsch.de

Seit ich 2014 als Abgeordneter für den nordöstlichen Wartburgkreis in den Landtag eingezogen bin, habe ich mich auch landespolitisch intensiv für das Thema eingesetzt, das mich seit vielen Jahren umtreibt: Die Zukunft des ländlichen Raums. Gute Infrastrukturpolitik zeigt sich immer konkret vor Ort, und dieser Ort heißt in meinem Fall Steinbach. Meine Heimatgemeinde hat in den letzten 20 Jahren mehr Einwohner verloren als andere Orte in der Region. Leerstand, Gaststätten- und Ladensterben waren die Folge. Doch dagegen stemmen wir uns jetzt mit aller Kraft. Dank meiner Mithilfe haben wir mit dem Steinbacher Messerstübchen wieder einen Dorfladen mit Café. Seither sprudeln die Ideen, wie die Wiederbelebung unseres Dorfmittelpunkts verstetigt werden kann. Die Teilnahme am Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ ist der nächste logische Schritt.



Annette Lehmann

Wahlkreisbüro
Lange Straße 3-4
99947 Bad Langensalza
www.annette-lehmann-cdu.de

In meiner langjährigen Arbeit als Landtagsabgeordnete für den südöstlichen Unstrut-Hainich-Kreis konnte ich zahlreiche Projekte mitgestalten. Gemeinsam mit Kommunalpolitikern, Vereinen und Institutionen habe ich mich erfolgreich für Fördermittel des Landes eingesetzt, die viele Vorhaben, gerade im touristischen Bereich, überhaupt erst möglich gemacht haben. Die herausragende Stellung des UNESCO Weltnaturerbes Hainich mit mehr als 300.000 Besuchern jährlich spricht für sich. 2,3 Millionen Euro Fördermittel flossen zuletzt in den Bau der Wurzelhöhle am Baumkronenpfad. Auch der Wiederaufbau des Klosters Volkenroda mit dem Christus-Pavillon, die Gestaltung des Mittelpunkts Deutschlands mit dem Opfermoor oder die Sanierung der Innenstadt von Bad Langensalza mit den 13 Themengärten sind Beispiele für die touristische Entwicklung der Region.



Mario Voigt

Wahlkreisbüro
Steinweg 14
07607 Eisenberg
www.mariovoigt.de

Mein Wahlkreis liegt zwischen Saale und Weißer Elster, zwischen Heide- und Thüringer Holzland. Viele tolle Dörfer und kleine Städte mit tollen Menschen, deren Sorgen ich mit den Möglichkeiten in Erfurt zusammenbringen will. Das heißt: gute Bildung, exzellentes Gesundheitswesen und starke (Land-)wirtschaft. So habe ich mich in den letzten drei Jahren für den Schulneubau in Bürgel (rund 7,5 Mio. Euro), Fördermittel für schnelles Internet im Landkreis (fast 9 Mio. Euro) oder die Sanierung der Carl-Alexander-Brücke in Dorndorf engagiert. Ein wichtiges Projekt war der Neubau eines Bettenhauses im Rudolf-Elle-Krankenhaus mit über 30 Millionen Euro Fördermitteln. Weil Thüringen aber vor allem im Kleinen ganz groß ist, helfe ich Bürgern, Vereinen und Organisationen – damit der ländliche Raum stark und ein wunderbarer Platz zum leben und arbeiten bleibt.



Michael Heym

Wahlkreisbüro
Markt 5
98617 Meiningen
www.cdu-sm.de/abgeordnete/michael-hey/

Ein wichtiges Thema meiner Arbeit ist der Einsatz für eine leistungsfähige Verkehrsachse vom Ostthessischen in den Südthüringer Raum. Da solche Großprojekte nur langfristig zu realisieren sind, ist es meine Aufgabe als Politiker, bis dahin das bestehende Verkehrsnetz leistungsfähig zu halten. Ein entscheidender Schritt auf diesem Weg war die Sanierung der Landstraße 1124 als wichtige Verbindung aus dem südlichen Thüringen in Richtung Fulda, für die ich mich erfolgreich beim damaligen Verkehrsminister Christian Carius stark gemacht habe. Auch in der Opposition engagiere ich mich für den Erhalt der Identität des Landkreises Schmalkalden-Meiningen, seiner Dörfer und Gemeinden. Auf zahlreichen Veranstaltungen versuche ich den Bürgern klarzumachen, dass die Gefahren der Gebietsreform noch lange nicht gebannt sind.

unbekanntes Land	kroatische Insel	dumme, törichte Handlung (ugs.)	Vorbedeutung	Teil eines Wohnraumes	österr. Abtei an der Donau	Querstange am Mast	politischer Fanatiker	die erste Frau (A. T.)	ent-rüstet	Spion, Spitzel	Gerät zur Fellreinigung
					malvenfarbig			Ost-germane			5
germanische Gottheit			2 Beleuchtungsgerät					1		Abkürzung für im Jahre	Baumwollhose
					Sing-gemeinschaft	das Paradies	Nebenmeer des Atlantiks	franz. Herrscheranrede		alt-nord. Erzählung in Prosa	
am Tagesende	Landspitze, -zunge		Handelsbrauch	Buchenfrucht			aufgebrühtes Heißgetränk				
rein, unberührt			11			elektronischer Speicherort			3	früherer türkischer Titel	
			Schlafstelle auf Schiffen				reizen				
Getreideart, Kukuruz		musikalisches Bühnenwerk				Fehlos bei der Lotterie				zu der Zeit, während	12
Lösungswort											
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12											

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen sie ein Präsent-Set bestehend aus einem Bluetooth-Lautsprecher sowie einem externen Akku fürs Smartphone (Powerbank). Einsendeschluss ist der 30. November 2017. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben sie das Lösungswort, Ihren vollen Namen, ihre E-Mailadresse und ihre Telefonnummer an.*

E-Mailadresse:
quiz@cdu-landtag.de oder

Postadresse:
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der September-Ausgabe der „DruckSache“ lautete das Lösungswort „**Extremismus**“. Zu gewinnen gab es auch damals einen Bluetooth-Lautsprecher sowie eine „Powerbank“ fürs Smartphone. Unter den richtigen Antworten als Gewinner gezogen wurde **Wolfgang Weymann** aus Schwarzta. Herzlichen Glückwunsch!

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Quiz-Teilnehmer erklären sich damit einverstanden, dass ihnen die CDU-Fraktion künftig Informationen zum aktuellen politischen Geschehen in Thüringen zusendet. Die CDU-Fraktion verwendet die Daten ausschließlich für interne Zwecke.